

> Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

am 13. November 2020 hat Rita Berning vor dem Bundeshauptvorstand des vbob ihren Rücktritt als Bundesvorsitzende erklärt. Sie hatte das bereits frühzeitig angekündigt und dennoch weiter engagiert an der Zukunft des vbob mitgearbeitet. Ihr Abschied war einer der Momente, die innehalten lassen. In ihrer Abschiedsrede verwies sie zu Recht auf eines der Grundprinzipien der solidarischen Gewerkschaftsarbeit: miteinander reden statt übereinander reden!

Nach meiner Wahl zum neuen Bundesvorsitzenden des vbob habe ich als erste Amtshandlung die Verabschiedung von Rita Berning durchgeführt und ihr für die 14 Jahre Arbeit im Bundesvorstand und auch die Arbeit in vielen Ämtern für den vbob den Dank aller Mitglieder ausgesprochen. Ebenso musste ich auch Ulrike Clausmeyer als langjähriges Mitglied des Bundesvorstandes und zuletzt stellvertretende Bundesvorsitzende verabschieden. Nun gilt es mit dem Rückenwind der absolvierten Neuwahlen, den vbob auf Zukunftskurs 2022 (dem Jahr des nächsten Gewerkschaftstages) zu bringen. Dazu hat der Bundeshauptvorstand einige Beschlüsse gefasst. Lesen Sie mehr darüber im Artikel zur Bundeshauptvorstandssitzung in dieser Ausgabe.

Um Zukunft zu haben, braucht es auch Vergangenheit. Geburtstag feiern kann schließlich nur, wer geboren wurde. Eines der diesjährigen Geburtstagskinder ist das Bundesamt für Verfassungsschutz. Seit 70 Jahren wacht das Amt mit Hauptsitz im rheinischen Köln über verfassungsfeindliche Bestrebungen. Lesen Sie in dieser Ausgabe über die Geschichte des Amtes und Antworten auf Fragen an den derzeitigen Präsidenten Thomas Haldenwang.

Ein Thema, welches uns alle in Atem hält, sind die Gefährdungen aus der COVID-19-Pandemie. Wir machen uns ständig Gedanken und auch Sorgen um uns und unsere Gesundheit sowie um das Wohl unserer Familien, Freunde und Bekannten. Die Berichterstattung in den Medien dreht sich gefühlt seit Monaten um kein anderes Thema. Der vbob ist durch die Pandemie in vielerlei Hinsicht betroffen, so gab es auch erkrankte Mitglieder und Angehörige von Mitgliedern, es gibt Bereiche in der Bundesverwaltung, in denen, ausgelöst durch die vielen Neuinfektionen, fieberhaft nach Lösungen gesucht wird, wie die Ansteckungsgefahr reduzierbar wird.

Die Entscheidungen der Politik zu vereinheitlichten Maßnahmen wird genauso kritisiert wie die Unverständlichkeit vielfältiger föderaler Einzelentscheidungen. Die Diskussionen geraten in Abhängigkeit von der persönlichen Betroffenheit ebenfalls immer komplexer. Der Staat ist gefordert, eine solche Infektionswelle mit seinen Mitteln und Möglichkeiten zu managen. Kritik an der Angemessenheit der getroffenen Maßnahmen zuzulassen, ist gutes demokratisches Prinzip. Durch eigenes Verhalten zur Vergrößerung des Problems, beispielsweise durch Nichtbeachtung der Abstands- und Hygieneregeln, beizutragen, das zeugt nicht von Solidarität. Solidarität ist auch gewerkschaftliche Grundhaltung. Auch den Polizisten, Rettungskräften und Ordnungskräften der Kommunalverwaltungen, die bei deren Einsätzen durch Gegner der Maßnahmen zusätzlich auch gesundheitlichen Gefährdungen ausgesetzt sind, gilt unsere Solidarität. Den völlig überforderten Gesundheitsämtern, dem überlasteten Pflegepersonal und auch den seit Monaten unter Hochdruck arbeitenden Kolleginnen und Kollegen unserer Bundesverwaltung, des Robert Koch-Institutes, im Bundesministerium für Gesundheit und seiner nachgeordneten Behörden, den Ministerien und Behörden, die die wirtschaftliche Notlage von Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch geeignete Maßnahmen zu mildern versuchen, den vielen Freiwilligen der Bundesverwaltung, die den Gesundheitsämtern vor Ort bei der Nachvollziehung von Infektionsketten helfen, ihnen allen gehört unsere Solidarität!

„Nähe ist unsere Stärke“ steht in diesen Zeiten für Solidarität und Sachlichkeit im Umgang mit der Ausnahmesituation.

Der Bundesvorstand wird sich intensiv mit der Frage befassen, was die prägenden Elemente von Arbeit der Zukunft in der Bundesverwaltung sein werden. Die hierzu eingerichtete Arbeitsgruppe Zukunft 2022 hat bereits zwei Vorschläge entwickelt, wie die Gewerkschaftsarbeit der Zukunft aussehen wird. Der Bundeshauptvorstand hat die organisatorische Möglichkeit der breiteren Einbindung der Kompetenz der Mitglieder durch seine Beschlüsse ermöglicht.

Mit dem neuen Vorstandsteam steht der vbob personell und inhaltlich neu aufgestellt am Beginn der Debatte zur Nach-Corona-Phase. Die Bundestagswahlen im nächsten Jahr werden wir durch Einbringung unserer Forderungen aktiv begleiten.

Liebe Leserinnen und Leser,

auch wenn es inzwischen absehbar scheint, dass wir in diesem Jahr ein Weihnachtsfest mit der Familie feiern und den Jahreswechsel anders als gewohnt verbringen, bleiben Sie zuversichtlich und vor allen Dingen schützen Sie sich und Ihre Mitmenschen, bleiben Sie oder werden Sie wieder gesund!

Im Namen des Bundesvorstandes wünsche ich Ihnen ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein gesundes neues Jahr 2021.

Mit besten Grüßen
Ihr

Frank Gehlen,
Bundesvorsitzender

> Inhalt

- > 70 Jahre BfV: Gegründet zum Schutz der Demokratie 4–6
- > vbob wird digital: Erste virtuelle Sitzung des Bundeshauptvorstandes 8–11
- > Seminarangebot des vbob 2021 11
- > Grillfest der vbob Fachgruppe im BKA 11
- > Kommentierte Pressestimmen 12

> dbb

- > in eigener sache: „Staat neu denken“ – und die dbb Jahrestagung gleich mit 13
- > nachrichten 14
- > portrait
Intensivpfleger: Auf ihn kommt es jetzt an 16
- > Studie zum Infektionsgeschehen in Kitas 18
- > Ansteckung größtenteils außerhalb der Schule 19
- > blickpunkt schule
Grundschule „In der Köllnischen Heide“, Berlin-Neukölln 20
- > dbb akademie 22
- > beamtenrecht
Gesetzentwurf zur Regelung des Erscheinungsbildes Beamter 24
- > brennpunkt
Polizei und Gesellschaft: Gefahrenzone öffentlicher Dienst 26
- > jugend
Gemeinsam Europa wieder starkmachen 28
- > frauen
Equal Pay: Kann Entgeltgleichheit per Gesetz geregelt werden? 30
- > Gesundheitsämter: Eine verblüffende Leistung 32
- > nachgefragt bei ...
... Angstforscher Prof. Dr. med. Peter Zwanzger 33
- > online
Was kann die Corona-Warn-App wirklich leisten? 34
- > service für dbb mitglieder 38
- > vorgestellt
70 Jahre Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) 40
- > interview: Claudia Schilling, Bremer Senatorin für Justiz und Verfassung und Vorsitzende der Justizministerkonferenz 46

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzender:** Frank Gehlen. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** vbob, Pressestelle BfV, Richard Steinheimer, AdobeStock. **Titelbild:** CrazyCloud/AdobeStock.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 38,70 Euro zzgl. 7,20 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,30 Euro zzgl. 1,40 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 62 (dbb magazin) und Preisliste 41 (vbob Magazin),** gültig ab 1.10.2020. **Druckauflage dbb magazin:** 569 102 (IVW 3/2020). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**



> Claudia Heinrichs (Mitglied des Bundesvorstandes und FG-Vorsitzende) im Gespräch mit Präsident Thomas Haldenwang

70 Jahre BfV Gegründet zum Schutz der Demokratie

Am 7. November 1950 – genau vor 70 Jahren – nahm das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) seine Arbeit auf. Eigentlich sollte das in diesem Jahr groß gefeiert werden – mit einem Symposium und einem Familienfest für die Beschäftigten. Doch – wie überall in Deutschland – hat auch hier die Pandemie einen Strich durch die Planung gemacht.

Die Gründung des Amtes vor 70 Jahren ging auf die Initiative der westlichen Alliierten zurück. Sie bestanden auf einer strikten Trennung polizeilicher und nachrichtendienstlicher Aufgaben (sogenanntes Trennungsgebot). Mit dem Trennungsgebot und der föderalen Konstruktion des deutschen Verfassungsschutzsystems sollte mit repressiven Geheimdiensttraditionen gebrochen und ein Nachrichtendienst ohne Zwangsmittel geschaffen werden.

Um die Tätigkeit von Nachrichtendiensten ranken sich oftmals Mythen. Diese füllen das

Vakuum, das durch ein fehlendes öffentliches und gesichertes Wissen über die Tätigkeit entsteht. Eine vollständige Transparenz lässt sich mit der Arbeit eines Nachrichtendienstes jedoch nicht vereinbaren – umso wichtiger ist das Bewusstsein, dass das BfV nach rechtsstaatlichen Prinzipien arbeitet und einer umfangreichen Kontrolle unterliegt.

Schon im September 1950 wurde das erste Bundesverfassungsschutzgesetz verabschiedet. Das Gesetz war damals äußerst knapp gehalten, es bestand nur aus sechs Paragraphen – aus heutiger Sicht na-



© Pressestelle BfV (3)

70 Jahre Bundesamt für Verfassungsschutz – das ist auch Anlass für einen Rückblick über Höhen und Tiefen in sieben Jahrzehnten, aber auch Anlass für einen Ausblick. Hierzu haben wir ein Interview mit dem Präsidenten des BfV, Thomas Haldenwang, geführt.

Sehr verehrter Herr Haldenwang, wenn Sie auf das Bundesamt für Verfassungsschutz in den vergangenen 70 Jahren zurückblicken: Was waren die wichtigsten Aufgaben in den Gründungsjahren (1950er-Jahre) und in den Jahrzehnten danach bis heute?

In den Gründungsjahren war es die vornehmliche Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz, unsere junge Demokratie vor Extremisten zu schützen. Das war die zentrale Lehre aus der Weimarer Republik, dass die Demokratie ihren Feinden nicht neutral gegenüberstehen darf. Später spielten die Spionageaktivitäten der Staaten hinter dem Eisernen Vorhang eine bedeutende Rolle, und entge-

gen der landläufigen Meinung fordern uns die Spionageaktivitäten ausländischer Staaten noch heute in besonderer Weise. In den 1970er- und 1980er-Jahren hatten wir dann den Terror der RAF und der islamistische Terrorismus hat seine ganze Schlagkraft am 11. September 2001 unter Beweis gestellt – mit den bekannten Folgen. Gegenwärtig stellen vor allem Rechtsextremismus und islamistischer Terrorismus eine große Bedrohung für unsere Gesellschaft und Demokratie dar. Wir sehen also: Nichts ist so beständig wie der Wandel und das gilt auch für die Sicherheitslage in Deutschland.

Was waren aus Ihrer Sicht die größten Erfolge des Verfassungsschutzes?

Wir leben aktuell in der stabilsten und sichersten Demokratie, die es in Deutschland je gegeben hat. Das ist keine Selbstverständlichkeit! Zu dieser Stabilität trägt auch der Verfassungsschutz bei,

indem er beispielsweise Anschläge vereitelt oder Vorarbeit für Vereins- oder Parteiverbote leistet.

Das BfV verzeichnet regelmäßig größere Erfolge, über die wir aber leider oft nicht sprechen können. Um nur einige wenige zu nennen: In den 50er-Jahren wurden verfassungsfeindliche Parteien verboten, die 70er-Jahre waren geprägt von der Aufklärung des linksextremistischen Terrorismus der RAF, zu Zeiten des Kalten Krieges hat unsere Spionageabwehr die Stasi aufgeklärt, und auch die Aufdeckung des Ehepaars Anschlag ist ein großer Erfolg unserer Spionageabwehr. In den letzten Jahren konnten wir zahlreiche islamistische Anschlagplanungen verhindern. Denken Sie an die „Sauerland-Gruppe“, die „Düsseldorfer Zelle“, den Fall Jaber alBakr oder den Fall eines Islamisten, der einen Anschlag mit Rizin plante. Im Rechtsextremismus haben wir rechtsterroristische Vereinigungen aufgedeckt, wie die

hezu unvorstellbar. In sieben Jahrzehnten sind die gesetzlichen Grundlagen für die Aufgabenerfüllung des BfV umfassend weiterentwickelt und an neue Anforderungen angepasst worden. Dies wird insbesondere aufgrund der technischen Entwicklungen auch weiterhin erforderlich sein.

> Die beiden Standorte des BfV in Berlin ...





> ... und in Köln

„Oldschool Society“, und an den Verboten der HDJ, von „Blood & Honour“ oder „Combat 18 Deutschland“ mitgewirkt. Und die Cyberabwehr detektiert Angriffe und kann die Betroffenen sensibilisieren.

Was waren die größten Krisen?

Ich bin seit dem Jahr 2009 im BfV tätig. Ich habe damals erlebt, wie tief betroffen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des gesamten Verfassungsschutzes waren – im Bund wie in den Ländern –, dass das NSU-Trio jahrelang mordend durchs Land gezogen ist, ohne dass wir das verhindern konnten. Im Nachhinein haben wir erkannt, dass der Informationsaustausch zwischen den Behörden verbessert werden musste. Wir haben seitdem viele Maßnahmen getroffen, damit so etwas nicht wieder passiert. So wurde zum Beispiel mit dem Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) eine Einrichtung für eine intensivere Zusammenarbeit geschaffen, und der Einsatz von V-Personen wurde durch bessere Koordi-

nierung und einheitliche Standards ebenso überarbeitet wie die Richtlinien für Datenschutz und Aktenverwaltung.

Im Moment wird das Geschehen im Beruflichen und Privaten sehr stark von der Corona-Pandemie geprägt. Wie kommt das BfV durch die Pandemie und wo liegen hier die besonderen Herausforderungen?

Die Bundesregierung hat zur Eindämmung der Pandemie zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um uns gut durch die Krise zu führen. Um die Funktionsfähigkeit des BfV aufrechtzuerhalten, haben auch wir geeignete Pandemiepläne erstellt und immer wieder aktualisiert. Zum Beispiel werden Hygiene- und Desinfektionsmaßnahmen umgesetzt, Besprechungen coronakonform durchgeführt und Maßnahmen zur organisatorischen und technischen Sicherstellung der Arbeit getroffen. Daher sind wir auch in der aktuellen Situation stets arbeitsfähig.

Aber klar ist: Das hat uns einiges abverlangt. Denn zu unserem alltäglichen Geschäft sind neue, coronabedingte

Entwicklungen hinzugekommen: Wir müssen zum Beispiel prüfen, ob das heterogene Demonstrationsgeschehen gegen die Sicherheitsmaßnahmen der Bundesregierung von Extremisten beeinflusst wird und ob es spezifische Desinformationskampagnen oder Spionageaktivitäten im Zusammenhang mit der Pandemie gibt.

Welches sind aus Ihrer Sicht die größten Herausforderungen für das BfV in den kommenden Jahren?

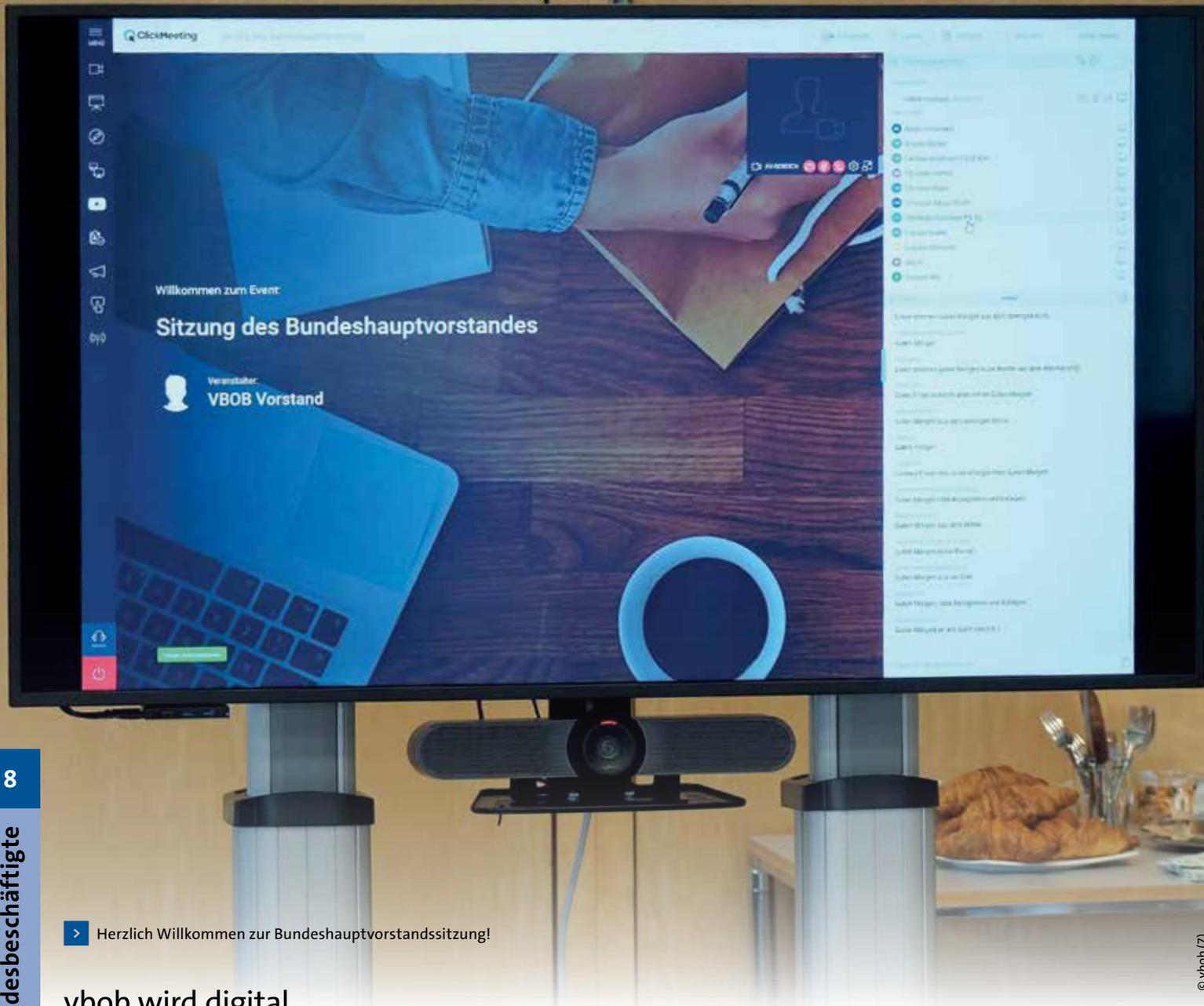
Eine der zentralen Herausforderungen liegt darin, dass wir uns immer wieder auf eine veränderte Sicherheitslage einstellen müssen. Der Schutz unserer Verfassung wird immer komplexer, denn neben den Gefährdungen in der Realwelt haben wir es mit den Bedrohungen im Cyberraum zu tun. Es gibt immer wieder neue Akteure, aber auch neue Dynamiken und Wechselwirkungen, auf die wir reagieren müssen. Aber unsere Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, die wir in den vergangenen 70 Jahren unter Beweis gestellt haben, stimmen mich für die Zukunft sehr zuversichtlich.

Die Advents- und Weihnachtszeit steht vor der Tür: Was würde auf Ihrem Wunschzettel für das BfV stehen?

Wie jedes Jahr wünsche ich mir für das BfV, dass wir eine Zeit ohne Anschläge erleben. Aber natürlich belasse ich es nicht bei reinen Wünschen: Wir haben in den vergangenen zwei Jahren im BfV zahlreiche organisatorische Veränderungen und Neuerungen auf den Weg gebracht, die bereits Früchte tragen und uns für die Zukunft wappnen.

Ohne Frage spielt auf meinem Wunschzettel aber auch das Thema Corona eine Rolle: Wir alle haben fordernde Monate hinter uns und über eine Rückkehr zur Normalität würde ich mich schon sehr freuen.

Das Interview konnte leider nicht persönlich geführt werden. Die Fragen wurden, coronabedingt, schriftlich eingereicht und beantwortet. Sehr geehrter Herr Haldenwahr, wir danken Ihnen für Ihre Zeit.



> Herzlich Willkommen zur Bundeshauptvorstandssitzung!

vbob wird digital Erste virtuelle Sitzung des Bundeshauptvorstandes

Die Diskussion zur Frage der Digitalisierung von Arbeit beschäftigt die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte bereits seit dem letzten Bundesvertretertag 2018, der unter diesem Motto stand. Bereits seit Monaten führt der Bundesvorstand seine Sitzungen digital durch. Nun musste der Bundesvorstand aufgrund der bekannten Entwicklung der Infektionszahlen die Vorbereitung einer Präsenzveranstaltung in der dbb akademie in Königswinter abbrechen und binnen kurzer Frist ein virtuelles Format für die Bundeshauptvorstandssitzung auf die Beine stellen.

Dank der technischen Unterstützung durch den IT-Bereich des dbb, dafür an dieser Stelle ausdrücklich noch ein Dankeschön an alle dbb ITler, konnte am 13. November 2020 die erste virtuelle Sitzung des Bundeshauptvorstandes stattfinden. Und diese Sitzung hatte

es nicht nur technisch, sondern auch personell und inhaltlich in sich.

Zahlreiche Ehrungen konnte Rita Berning für verdiente Mitglieder des Bundeshauptvorstandes verkünden. Hierzu wurde den Teilnehmenden die

Ehrenurkunde und ein Foto der zu Ehrenden eingeblendet. Geehrt wurden für besondere Verdienste um den vbob Ulrike Clausmeyer/Bundesleitung, Anna Diegeler-Mai/Bundesfrauenvertreterin, Winfried Thubauville/Vorsitzender Fachgruppe BMVI, Christoph Mül-

ler/Vorsitzender Fachgruppe DWD, Klaus Preis/Vorsitzender Fachgruppe BBK, Christoph Fesser/Vorsitzender Fachgruppe BVA-Hamm, und Hans-Michael Granitza/Vorsitzender Fachgruppe BAM.

Für 40 Jahre Mitgliedschaft wurden Josefine Neidt/Fachgruppenvorsitzende BfSS sowie für 25 Jahre Mitgliedschaft Winfried Thubauville/BMVI und Thomas Ladage/Fachgruppenvorsitzender BSG/BAG geehrt.

Im Anschluss arbeitete sich der Bundeshauptvorstand durch die finanziellen Angelegenheiten, Haushaltsabschluss, Be-

richt der Rechnungsprüfer und Haushaltsaufstellung für 2021.

Verabschiedung und Neuwahlen

Nach der erfolgten Entlastung des Bundesvorstandes erklärte zunächst die stellvertretende Bundesvorsitzende Ulrike Clausmeyer ihren bereits im Frühjahr schriftlich erklärten Rücktritt auch mündlich vor der Versammlung. Rita Berning, die durch den Vormittag die Tagungsleitung innehatte, gab anschließend ebenfalls eine Erklärung vor den zugeschalteten Mitgliedern des Bundeshauptvorstandes ab. Darin erläuterte sie neben den Themen, für die der vbob sich unter ihrer Leitung erfolgreich eingesetzt hat, auch die persönlichen Gründe, die zum bereits seit dem Sommer angekündigten Rücktritt vom Amt der Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte geführt haben. Stille herrschte während des virtuellen Tagungsformates mangels Geräuschkulisse durch Ta-



> Vorbereitung am Abend zuvor ...

gungsnachbarn eh, gefühlt war sie in diesem Moment noch verstärkt.

Im Anschluss an eine der Rücktrittserklärung folgende Tagungspause bestellten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sodann mit unserem Ehrenvorsitzenden Hartwig Schmitt-Königsberg einen Wahlleiter für die notwendig gewordenen

Nachwahlen zum Bundesvorstand.

Im ersten Wahlgang wurde mit Frank Gehlen der neue Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte gewählt. Frank Gehlen, bislang Personalratsvorsitzender im Bundesministerium für Bildung und Forschung und stellvertretender

Bundesvorsitzender, bedankte sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und nahm die Wahl an. Im Anschluss wurden in den weiteren Wahlgängen mit Claudia Goeke, Personalratsvorsitzende und Fachgruppenvorsitzende im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, sowie Hans-Georg Schiffer, Gesamt-



> Die Sitzung beginnt ...



> Nach den Wahlen die Ehrung und Verabschiedung von Rita Berning als Bundesvorsitzende

personalratsvorsitzender und Fachgruppenvorsitzender im Bundesverwaltungsamt, zwei stellvertretende Bundesvorsitzende gewählt, die ebenfalls für die gute Unterstützung dankten und ihre Wahlannahmen. Damit hat der neue Bundesvorsitzende mit den beiden Gewählten und mit Sascha Titze aus dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat drei Stellvertretungen.

Durch einen Austritt war zudem eine Beisitzerfunktion im Bundesvorstand zu besetzen. Mit Stefan Zeller, Fachgruppenvorsitzender aus dem Bundespresseamt, wurde im letzten Wahlgang auch diese Funktion nachgewählt.

Der neu gewählte Bundesvorsitzende bedankte sich beim Wahlleiter für die erfolgreiche Durchführung der Neuwahlen und verabschiedete im Anschluss die bisherige Bundesvorsitzende Rita Berning. Dabei beschrieb er die langjährigen Verdienste Bernings, die sich nicht nur in 14 Jahren Tätigkeit im Bundesvorstand, davon zweieinhalb Jahre als Vorsitzende und sechs Jahre als stellvertretende Bundesvorsitzende, sondern auch in vielen Funktionen für den vbob, unter anderem als Vorsitzende des Hauptpersonalrates im BMI, als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte, als Vorsitzende des Personalrates im Statistischen Bundesamt und viele weitere



> Verabschiedung von Ulrike Clausmeyer aus dem Bundesvorstand

mehr für die Belange der Beschäftigten eingesetzt hat. Mit der Verabschiedung verbunden war ein Präsent sowie ein Guttschein für ein Hobby, dem Reisen.

Im Anschluss wurde Ulrike Clausmeyer ebenfalls für 14 Jahre Mitarbeit im Bundesvorstand, zuletzt zweieinhalb Jahre als stellvertretende Bundesvorsitzende, geehrt. Die Übergabe des Geschenkes, so

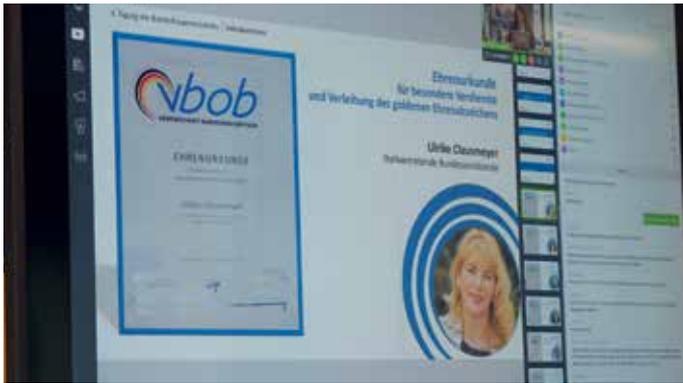
Frank Gehlen, sei bereits terminiert und fände in der Bundesgeschäftsstelle in Bonn statt.

> Richtungsweisende Beschlüsse

Der Nachmittag war der inhaltlichen Debatte gewidmet. Hier hat der Bundeshauptvorstand richtungsweisende Entscheidungen getroffen. Nach Vorstellung erster Ergebnisse der Arbeitsgruppe Zukunft wurde ein neues Konzept für die Fachgruppenarbeit beschlossen. Zudem entschied der Bundeshauptvorstand, dass die dezentrale Organisationsstruktur vieler Behörden sich auch in der Binnenorganisation der Fachgruppen niederschlagen muss. Künftig werden Mitglieder in dezentralen Teilen einer Dienststelle sich über Vertrauenspersonen vor Ort in die Arbeit des Fachgruppenvorstandes einbringen können. Die Mitarbeit der Mitglieder der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte an der Gestaltung von Zukunft im vbob soll verstärkt und unabhängig von der Gremien-



> Bericht des Bundesschatzmeisters



struktur offen gestaltet werden. Hierzu beschlossen die Mitglieder des Bundeshauptvorstandes, dass künftig die Mitarbeit in sogenannten Kompetenzteams neue Möglichkeiten bietet, sich nach eigenen Wünschen und Vorstellungen in unmittelbarer Nähe des Bundesvorstandes inhaltlich zu betätigen.

In Anbetracht des nahenden Bundestagswahljahres 2021 wurde zudem ein Positionspapier an die politischen Parteien beschlossen. Bei Interesse finden Sie das Papier „Die Zukunft des öffentlichen Dienstes gestalten“ auch auf

unserer Homepage **www.vbob.de**.

Zum Abschluss eines intensiven Arbeitstages beschäftigte sich der Bundeshauptvorstand noch mit organisatorischen Entwicklungen. Um 17 Uhr schloss der neue Bundesvorsitzende die Sitzung mit dem Appell, das Stärke nur aus dem Miteinander entsteht, und warb um den gemeinsamen Aufbruch mit dem neuen Bundesvorstand in eine zukunftsorientierte Zusammenarbeit, die den vbob zur starken Gewerkschaft Bundesbeschäftigte formt. Gemeinschaft und Nähe sind unsere Stärke. *fg*

> **** Seminarangebot des vbob 2021 ****

Für das Jahr 2021 bieten wir in Zusammenarbeit mit der dbb akademie aktuell folgendes Seminar an:

„Homeoffice – Arbeitsrecht für Personalratsmitglieder“

21. Februar 2021 – 23. Februar 2021
 dbb akademie, 2021B028 CH
 Königswinter/Thomasberg

Dieses Seminar beginnt und endet jeweils mittags.

Die allgemeine Seminargebühr für „B“-Veranstaltungen für drei Unterrichtstage beträgt 219 Euro. Dies ist der Preis, der dem vbob von der dbb akademie in Rechnung gestellt wird. Der Preis beinhaltet Übernachtung und Vollpension für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Sofern ein vbob Mitglied privat – also als vbob Mitglied – teilnimmt, wird ein Eigenanteil in Höhe von 25 Euro vom vbob beim Mitglied eingefordert. Das vbob Mitglied erhält von der dbb akademie eine Fahrtkostenerstattung in Höhe von 0,30 Euro je Entfernungskilometer.

Sofern vbob Mitglieder die Veranstaltungen als dienstliche Fortbildung bzw. Schulung gem. § 46 Abs. 6 BPersVG besuchen, berechnet der vbob der Dienststelle die Seminargebühr.

Aufgrund der aktuellen pandemischen Lage wird das Seminar als Präsenz- und/oder Online-Schulung geplant. Über die Art der Durchführung kann erst zeitnah entschieden werden.

Anmeldungen bitte grundsätzlich bis **spätestens acht Wochen vor Seminarbeginn!**

Ansprechpartner für die Seminare ist:

Christian Maas,
Beisitzer im Bundesvorstand
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Telefon: 0228.99615-2593, E-Mail: christian.maas@vbob.de

> Die vbob Fachgruppe im BKA musste diesen September auf ihr alljährliches Grillfest nicht verzichten. Die Vorsitzende der Fachgruppe, Brigitte Becker (rechts), und über ein Dutzend Mitglieder und Gäste genossen im Freien sichtlich die von Corona noch weitgehend ungetrübte Atmosphäre.





Kommentierte Pressestimmen

„Hierzulande gibt es unpünktliche Eisenbahnen, die sich nicht daran gewöhnen können, ihre Verspätungen einzuhalten.“

(Karl Kraus 1874 – österreichischer Schriftsteller, Publizist, Satiriker, Lyriker, Aphoristiker und Dramatiker)

Dieses bereits sehr alte Zitat verdeutlicht, dass der Bahnverkehr wohl schon seither durch Schwierigkeiten und widrige Umstände geprägt war. Als wäre die aktuelle Corona-Pandemie nicht schon schlimm genug, ist bei der Bahn von vorweihnachtlicher besinnlicher Stimmung nichts zu spüren – ganz im Gegenteil! Nach der gescheiterten Schlichtung mit der Bahn erklärt die Lokführergewerkschaft GDL ihrem Konkurrenten EVG „den Krieg“. Allein diese neue martialische Wortwahl der GDL lässt schon erahnen, wie tief die Gräben zwischen den Beteiligten sind.

„Wir müssen keinen Streik androhen, jeder weiß, dass wir's können“, so GDL-Chef Claus Weselsky in der **Sächsischen Zeitung** am 19. November 2020. Zwei Monate nach der Einigung mit der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) auf ein Corona-Tarifpaket mit niedrigem Lohnplus und Jobgarantie meldet der größere GDL-Konkurrent einen Nachschlag an. Die EVG verlangte für ihre Mitglieder eine steuerfreie Corona-Prämie von 800 beziehungsweise 600 Euro, die von der GDL jedoch nicht akzeptiert wurde. Die Bahn lehnte dieses wiederum ab und bezichtigte die GDL vor deren Pressekonferenz der Lüge. So habe sie nie verlangt, dass die GDL ihre Autonomie abgeben und sich der EVG unterwerfen solle, heißt es. Auch habe die Bahn die Schlichtung nicht, wie von der GDL behauptet, erzwungen. GDL-

Chef Claus Weselsky wiederholte stattdessen öffentlich seine Sicht der Dinge. Schon im Mai habe man das ‚Bündnis für unsere Bahn‘ abgelehnt, auch die Aufforderung zu vorgezogenen Tarifverhandlungen. „Wir sind nicht bereit, dass das Zugpersonal einen Sanierungsbeitrag in einen maroden Konzern leistet, der an allen Ecken der Welt auf Hochzeiten tanzt, die nichts mit dem Eisenbahnsystem in Deutschland zu tun haben“, sagt der Vorsitzende. Zudem habe die Bahn gedroht, 2021 das Tarifeinheitsgesetz anzuwenden. Demnach gilt in einem Betrieb nur noch der Tarifvertrag der dort mitgliederstärksten Gewerkschaft. Die GDL werde in ihrer Existenz bedroht, „weil wir der Stachel im Fleisch sind“. Vor diesem Hintergrund hatte Weselsky bereits zuvor in einem Zeitungsinterview der konkurrierenden EVG, aus seiner Sicht „die Wasserträger des Managements“, den Krieg erklärt. „Wir werden ihre Tarifverträge verdrängen und die nötigen Mitglieder zum Zeitpunkt der Zählung haben“, kündigt der gebürtige Dresdner an. Die GDL habe 34 000 Beitragszahler und vertrete 80 Prozent der Lokführer. Bei den meist nicht organisierten Zugbegleitern seien es 40 Prozent, „also auch die Mehrheit“. Die Berufsgewerkschaft will ihre „selbst auferlegte Zurückhaltung aufgeben, sich für alle systemrelevanten Berufsgruppen“ der DB öffnen, somit künftig auch für Fahrdienstleiter und Mitarbeiter in den

Werkstätten arbeiten. Längst würden bessere GDL-Ab-schlüsse auf alle Eisenbahner angewendet, so Weselsky. Die GDL werde in der Tarifrunde ihre Forderungen ausbauen. Er drohe nicht mit Streiks, „jeder weiß, dass wir's können“, und er setze auf Vernunft, nicht beim Management, aber „bei jenen, die als Eigentümer Verantwortung tragen“, dem Bund.

Weselsky bekommt Rücken- deckung vom Beamtenbund. Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach zitiert aus dem Koalitionsvertrag der Regierung. Demnach steht „bei der Bahn nicht Gewinnmaximierung im Vordergrund, sondern die sinnvolle Maximierung des Verkehrs“. Dennoch werde Wettbewerb über Personalkosten geführt und die Karte „Tarifeinheit“ gezogen. Wer versuche, eine Mitglieds- gewerkschaft in den Abgrund zu stoßen, lege sich auch mit dem dbb beamtenbund und tarifunion an, droht er. „Wer Wind sät, wird Sturm ernten“, so Silberbach abschließend. Für die Kunden der Bahn lässt das nicht Gutes erahnen – die Zeichen für 2021 stehen auf Streik!

■ Dunkelheit am Silvesterhimmel?

Auch sonst stehen die Zeichen auf Krach, dieses Mal geht es ums Böllern und den Jahres- wechsel. „Corona befeuert Böller-Debatte“, so **Die Rheinpfalz**, Ausgabe vom 20. November 2020. Die Corona-Zahlen sind

weiter hoch und es gibt harte Einschränkungen, die privaten Kontakte sollen möglichst weiterhin beschränkt werden. Der bange Blick fällt auf Weihnachten und die Frage steht im Raum, ob das Fest in diesem Jahr wie gewohnt im Kreis von Familie und Freunden gefeiert werden kann. Eine Woche später steht der nächste Problemfall aus Sicht der Infektionsvermeidung an: Silvesterpartys. Erste Forderungen kommen daher in Deutschland auf, dem Beispiel der Niederlande zu folgen und dem beliebten Silvesterfeuerwerk und dem Böllern Einhalt zu gebieten. „Das Silvesterfeuerwerk muss in diesem Jahr coronabedingt ausfallen“, sagte der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, der **„Bild“-Zeitung**. Zum Feuerwerk gesellten sich rasch Alkohol, Personengruppen und Party- stimmung – und das sei nicht angesagt. Rückendeckung erhielt Wendt vom nordrhein- westfälischen Innenminister Herbert Reul (CDU). Auch er sprach sich gegen Böller und Raketen aus. Entscheiden müssten aber die Kommunen: „Am Halloween-Wochenende war es in unseren Partyhoch- burgen ganz ruhig“, sagte der CDU-Politiker. „Ich wünsche mir, dass das auch Silvester wieder so sein wird“, so Reul. Ein pauschales Böllerverbot hält der Deutsche Städte- und Gemeindebund hingegen für falsch. „Die Leute haben doch Frust ohne Ende. Alles wird verboten, nirgends kann man hin“, sagte der Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg. *cm*